



Herrn Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus

## Änderungsantrag



München, den 30.06.2015

**Unterbringung von Flüchtlingen und  
Wohnungslosen / Flüchtlingen in kommunaler  
Zuständigkeit:**

### **6. Standortbeschluss**

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 0351**

**Beschluss der Vollversammlung vom 01.07.2015**

### **Öffentliche Sitzung**

Die Punkte 1 bis 19 werden durch folgende 2 Punkte ersetzt:

1.

Die Stadtspitze fordert von Bund und Land anders als bisher nicht nur mehr Geld zur Unterbringung von Asylbewerbern, sondern auch die Beseitigung der Missstände in der gegenwärtigen Asylpolitik.

Konkret sind das folgende Maßnahmen:

- Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsländer
- Beschleunigung der Asylverfahren
- Verschärfung der Nichtanerkennungsregel bei Straftaten
- Konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern
- Verhinderung der Wiedereinreise, z.B. durch eine Aussetzung des Schengen-Abkommens.

2.

Die Landeshauptstadt München wird bei der Unterbringung von Flüchtlingen nur noch in dem Umfang tätig, wie sie dazu entweder gesetzlich verpflichtet ist und/oder die Kosten vom Bund oder vom Land erstattet werden.

Das Sozialreferat wird beauftragt diese Vorgabe in einem neuen Beschluss für die nächste Vollversammlung umzusetzen.

Begründung:

Die jetzigen Rahmenbedingungen verletzen Recht und Gesetz und sie strapazieren die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Darunter leiden dann diejenigen unter den Asylbewerbern, bei denen es sich tatsächlich um echte Flüchtlinge aus Lebensgefahr handelt.

Wie viele andere Kommunen auch, erbringen Verwaltung und Einwohnerschaft der Landeshauptstadt München bei der Unterbringung von Asylbewerbern gigantische Leistungen. Es ist nicht akzeptabel, dass diese Leistungen von den höheren Politikebenen als selbstverständlich hingenommen und sogar dafür benutzt werden, an den Rahmenbedingungen nichts zu ändern.

AfD-Gruppierung im Münchner Stadtrat

Andre Wächter  
Fritz Schmude